05. JUNI 2015 – PRESSE

# kfd-Bundesversammlung mit rund hundert Delegierten tagt in Köln

Bezahlbare Lösungen für die legale Beschäftigung von privaten Haushaltshilfen, die europäische Flüchtlingspolitik und die globalen Herausforderungen Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Höchst unterschiedliche Themen stehen auf der Tagesordnung der diesjährige Bundesversammlung der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) vom 4. bis 6. Juni in Köln.

Die kfd will vorantreiben, dass Privathaushalte Hilfen legal und bei angemessener Bezahlung beschäftigen können. "Solche Dienstleistungen müssen im Interesse aller Beteiligten dringend aus dem Bereich der Schwarzarbeit herausgeholt werden", erläutert kfd-Bundesvorsitzende Maria Theresia Opladen. Der größte deutsche Frauenverband setzt sich in einem Antrag dafür ein, Modelle wie das belgische Gutscheinsystem auch für Deutschland zu prüfen und in die politische Diskussion einzubringen. In Belgien werden durch Gutscheine, die der Staat subventioniert, die Stundenlöhne für Dienstleistungen in

Privathaushalten unterhalb von Schwarzmarktpreisen gehalten.

Die Erklärung "Flüchtlinge aufnehmen ? Flüchtlingspolitik menschenwürdig gestalten" richtet sich sowohl an die eigenen Verbandsmitglieder als auch an die Politik. "Wir begrüßen die vielfältigen Initiativen von Mitgliedern unseres Verbandes, mit denen sie dazu beitragen, dass Flüchtlinge in den Kommunen offen empfangen und unterstützt werden", so kfd-Bundesvorsitzende Maria Theresia Opladen.

Die kfd fordert eine Neuordnung  der Asylpolitik auf europäischer Ebene mit dem Ziel, Todesfälle an den Außengrenzen zu verhindern und sichere, legale Zugangswege nach Europa zu ermöglichen, die humanitäre Gesichtspunkte mit einem fairen Ausgleich der Lasten innerhalb der europäischen Grenzen verbinden.

Bei der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerberinnen und Flüchtlingen in Deutschland müsse auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen Rücksicht genommen werden und Familienzusammenführung zentrales humanitäres Anliegen sein. Auch sollten "für alle, die von außerhalb der EU zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland kommen möchten, endlich transparente und nachvollziehbare Kriterien und unkomplizierte Wege geschaffen werden".

Der Studienteil der kfd-Bundesversammlung stand unter der Überschrift "Zukunft: Nachhaltig und geschlechtergerecht". Referenten waren Pirmin Spiegel (Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender des Bischöflichen Hilfswerks Misereor) und Dr. Christa Wichterich (Soziologin, Publizistin und Lehrbeauftragte).

In der Entschließung, die die rund hundert Delegierten einstimmig verabschiedeten, heißt es: "Eine zukunftsfähige Gesellschaft erfordert einen verantwortungsvollen Umgang mit den globalen Ressourcen ebenso wie die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen und Mädchen". Und weiter: "Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit müssen zentrale Kriterien für die Entwicklungspolitik sowie die bilateralen und multilateralen Abkommen Deutschlands sein. Wir sind uns bewusst, dass es widerstreitende Interessen gibt. Diese müssen offen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft ausgehandelt werden."

KONTAKT

Barbara Stöckmann

Pressereferentin

Telefon: 0211 44992-25

barbara.stoeckmann@kfd.de

---

STAND: 05.06.2015